Bezugsgebühr: Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 60 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 60 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Die den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugesandt. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Rechtsansprüche bei Honoraransprüchen bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

KODAKS *für die Reise* von Mark 5,50 an
Otto L. Göring, Inh.: Oskar Bohr **neben Café König.**

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 12 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Aufgebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 50 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Aufgebern 1 Mk., von auswärtigen 1,50 Mk., Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Ullrichs Pianinos sind **vorzüglich,** dabei sehr **preiswürdig.** 1 Pirnaische Straße 1 (am Pirnaischen Platz).

KLEINE KIOS Beliebteste 2½ Pfg. Cigarette
Türk. Tabak- & Cigarretten-Fabrik „Kios" ○ E. Robert Böhme, Dresden.

Ehrenpreis höchste Auszeichnung für Gartenschläuche der III. Internationalen Gartenbau-Ausstellung Dresden 1907
Reinhardt Leupolt, DRESDEN-A. Wettinerstrasse 26.

Uebler Mundgeruch als Folgeerscheinung faulender Speisereste zwischen den Zähnen und des Sekretes im hinteren Teile des Mundes wird prompt und gründlich beseitigt durch den Gebrauch von **„Chlorodont"-Paste,** bereitet nach den von Dr. Unna veröffentlichten Grundsätzen. Angenehm erfrischend schmeckende Zahnpaste, als Ersatz für Mundwässer und Zahnpulver, in für Reise bequemen Tuben à 75 Pf. mit Gebrauchsanweisung, bei Einsendung von 90 Pf. franko. Depots: **Löwen-Apotheke Dresden, Hermann Roch, Dresden,** u. d. meist. einschlig. Geschäften.

Nr. 183. Spiegel: Reichsfinanzen und neue Steuern. Königsreise, Gewerbekammerkonferenz, Bäckerverbandstag. Gerichtsverhandlungen. Urteil im Peters-Prozeß. Koloniales. Bayreuth. | Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich. | **Donnerstag, 4. Juli 1907.**

Reichsfinanzen und neue Steuern.

Wenn man von den unerfreulichen Erscheinungen und Zuständen im Deutschen Reiche spricht, darf man die Mängel und Schwierigkeiten der Finanzlage nicht verschweigen. Die zahlreichen, politisch und wirtschaftlich schwerwiegenden Uebelstände, die vom Standpunkte einer haushälterischen, für die Zeit der Not sichernden und vorsorgenden Staatsverwaltung mehr als je zu beklagen sind, haben erst im letzten Jahrzehnt ihren beunruhigenden, wenn man nicht sagen will, bedrohlichen Charakter angenommen. Es steht diese Entwicklung offenbar im Zusammenhange mit der Gestaltung der auswärtigen Beziehungen des Reiches, die, nachdem die Aeußerungen und Nachwirkungen der 1800 lahmgelegten staatsmännischen Kraft immer schwächer geworden und zuletzt ganz verschwunden waren, die Beschaffung anderer, leider viel kostspieligerer Friedens- und Sicherheitsbürgschaften notwendig machten. Dazu kamen, Schlag auf Schlag einander folgend, arge Schäden und Fehlgriffe unserer Kolonialwirtschaft und weiterhin die gesteigerten Anforderungen eines fieberhaft arbeitenden Wettbewerbes der großen Seemächte. Schließlich zehrt die sozialpolitische Gesetzgebung mit erschreckender, schier unersättlicher Gier an der Finanzkraft des Reiches. Unter dem Zwange dieser Verhältnisse ist die Reichsschuld stark angewachsen und mit ihr der Betrag der alljährlich im Reichsetat auf Grund der Zinsverbindlichkeiten auszuwerfenden Summen. Gewiß gibt die Höhe der Reichsschuld, an dem Stande und der Entwicklung des deutschen Nationalvermögens gemessen, zu Beunruhigungen kaum Anlaß. Nachweislich ist das Kapitalvermögen des deutschen Volkes in dem einen Jahre 1906 um einen höheren Betrag gewachsen, als die gesamte Reichsschuld ausmacht, und Tatsache ist, daß sich die Reichsschuld noch nicht auf 5 Prozent des allein im Bundesstaate Preußen zur Ergänzungssteuer veranlagten Vermögens beläuft, das unter Ausschaltung aller Vermögen unter 6000 Mark auf 83 Milliarden Mark veranschlagt ist. Das Verhältnis gestaltet sich aber erheblich weniger günstig, wenn man den Begriff „Reichsschuld" auch auf die Verbindlichkeiten der Einzelstaaten ausdehnt und nach der nächsten Zukunft der Reichsfinanzen frägt. Der Reichsetat kennt bekanntlich keinen Fehlbetrag. Die beiden Faktoren der Etatsgesetzgebung haben verschiedene Mittel, um das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Das beliebteste und vom Reichstage mit rücksichtsloser Konsequenz angewandte ist die Aufbürdung des Fehlbeitrages auf die Einzelstaaten. Der Betrag, der etwa in einem Jahre an der Deckung der notwendigen Ausgaben fehlt, wird im Wege der Matrikularumlagen von den Einzelstaaten eingefordert. Da dieser Weg in den letzten Jahren regelmäßig und in wachsender Ausdehnung beschritten werden mußte, waren nicht nur die einzelstaatlichen Budgets einer großen und dauernden Beunruhigung ausgesetzt, auch die gesamte Finanzlage des vielgestaltigen Staatengebildes, das der Name „Deutsches Reich" begreift, treibt unaufhaltsam, wenn alles beim alten bleibt, einer bedrohlichen Notlage entgegen, einer Notlage, die in Preußen bereits dahin geführt hat, daß die Steuerkraft der Bevölkerung in erhöhtem Grade angespannt werden muß, um die eigenen staatlichen Bedürfnisse zu befriedigen, und die weiter dahin führen muß, daß, insonderheit in den minder finanzkräftigen Bundesstaaten, die schon jetzt nicht unbedenkliche Verstimmung gegen das Reich noch mehr anwächst. Solange das erwerbstüchtige und schaffensfreudige deutsche Volk auf den hochgehenden Wogen einer günstigen Wirtschaftskonjunktur dahingetragen wird, mag man das Gespenst der Reichsverdrossenheit noch ungläubig belächeln. Es können aber Zeiten kommen — und sie sind vielleicht nicht gar so fern! —, wo den Anforderungen, die Reich und Staat stellen müssen, eine verminderte Kaufkraft und steuerliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung gegenüberstehen.

Ein solches Mißverhältnis müßte sich um so unangenehmer fühlbar machen, als schon heute die völlige Gewißheit besteht, daß vom nächsten Jahre ab dem Reiche wie auch den meisten Einzelstaaten Mehrausgaben in beträchtlicher Höhe erwachsen. Die Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals, der Ausbau des kolonialen Eisenbahnnetzes, größere Summen für die Verzinsung der Reichsschuld und von 1908 ab regelmäßige Schuldentilgung, die notwendigen Rücklagen für die durch den neuen Zolltarif geforderte Arbeiter-Witwen- und Waisen-Versicherung, die im Jahre 1910 in Kraft treten soll, und andere erhöhte Ausgaben im Rahmen der sozialpolitischen Gesetzgebung, der vom preußischen Kriegsminister im Reichstage angekündigte Aus- und Neubau der deutschen Landbefestigungen, endlich die in Verbindung mit der allgemeinen Verbesserung der Beamtenbesoldung zu erwartende Erhöhung der Offiziersgehälter, der Wohnungsgelder und sonstigen Kompetenzen — der jährliche Mehrbedarf für all diese Ausgaben wird mit 100 bis 120 Millionen Mark kaum zu hoch bemessen sein. In wenigen Jahren wird der zuerst unbedenklich angegriffene, zuletzt freilich sorgsam gehütete Kapitalbestand des Reichsinvalidenfonds aufgezehrt sein; dann müssen die auf ihn angewiesenen Ausgaben in Höhe von rund 40 Millionen Mark im Jahre aus laufenden Einnahmen gedeckt werden. Angesichts dieser bitteren Notwendigkeiten ist eine gesunde Reichsfinanzpolitik nur denkbar, wenn beizeiten dafür gesorgt wird, daß die kommenden Mehrausgaben auch entsprechende Mehreinnahmen vorfinden.

Was in den letzten Jahren zur Sanierung der Reichsfinanzen geschehen ist, war entweder unbedeutend oder unzulänglich. Die sog. kleine Reichsfinanzreform, die lex Stengel, hat in Abänderung des Artikels 70 der Verfassung lediglich eine Neuregelung der Ueberweisungssteuern — Branntweinverkaufsabgaben, Reichsstempelabgabe und Maischbottichsteuer — gebracht. Die sog. große Reichsfinanzreform hat ihren Zweck keineswegs ganz erfüllt, was sich am besten aus dem Umstande folgern läßt, daß in den Etat des laufenden Rechnungsjahres die ungedeckten Matrikularumlagen mit 60 Millionen Mark eingestellt werden mußten. Tatsächlich hat der Reichstag von den geforderten 250 bezw. 230 Millionen Mark nur rund 180 Millionen Mark „bewilligt", d. h. auf dem Papier, denn in Wirklichkeit haben die durch das Finanzreformgesetz von 1906 erschlossenen neuen Steuerquellen sehr bedenklich versagt: statt 62 Millionen, die für den Rest des Etatsjahres 1906 vorgesehen waren, wurden nur 36 Millionen Mark aufgebracht. Sodann hat die Bestimmung, daß die den Betrag von 40 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung übersteigenden Matrikularumlagen auf drei Jahre gestundet werden können, die Unsicherheit der einzelstaatlichen Budgets zwar gemildert, aber die finanzielle Notlage der Mittel- und Kleinstaaten keineswegs beseitigt.

Eine neue Finanzreform muß also kommen und muß bald kommen, wenn neue Opfer für Zuschußanleihen und kurzfristige Schatzanweisungen vermieden werden sollen. Es fragt sich nur, wie dem schleichenden Uebel der Geldnot einigermaßen erfolgreich zu begegnen ist. Damit erhält die Angelegenheit einen politischen Charakter, denn nächst den nationalen sind es die wirtschaftlichen und die finanziellen Interessen, die die Volksvertretung zu schützen berufen ist. Die Behandlung finanzpolitischer Fragen wird bei dem gegenwärtigen Stande der Parteiverhältnisse im Reichstag doppelt schwierig sein. Da ist es immerhin als ein Gewinn zu betrachten, daß in einem wichtigen Punkte, an dem die Reform nicht vorübergehen darf, die Parteien der Rechten und der Linken einig sind. Dieser Punkt heißt: Reform des Systems der Matrikularbeiträge. Es wäre vielleicht das beste, die bei der Gründung des Reiches als Provisorium eingeführten Matrikularumlagen gänzlich abzuschaffen. Dafür wird der Reichstag nicht zu haben sein, solange ihm nicht andere bewegliche Steuern, die ihm Einfluß auf die Budgets der Einzelstaaten sichern, als Ersatz geboten werden. Wohl aber ist eine gerechtere und dabei wirksamere Verteilungs- bezw. Erhebungsform denkbar. Freilich werden die Einzelstaaten von einer solchen Maßnahme nicht alles Heil für ihre Finanzen erwarten dürfen. Auch in ihrem eigenen Bereich ist manches reformbedürftig, besonders hinsichtlich der staatlichen Verwaltungskosten, die z. B. in Baden und Hessen gegen 40 Prozent, in mehreren Kleinstaaten 40 bis 50 Prozent, in Reuß j. L. sogar annähernd 60 Prozent der Gesamteinnahmen betragen, während in Preußen nur etwa 30 Prozent der Einnahmen für die Verwaltung aufgewendet werden.

Die Uebereinstimmung der finanziellen und der politischen Erwägungen, die der Matrikularreform ein befriedigendes Ergebnis zu sichern scheint, ist in der Frage der Beschaffung neuer Deckungsmittel nicht vorhanden. Im Gegenteil. Gerade die Steuern, die gut „zu Buch schlagen" und eine dauernde Gesundung der Reichsfinanzen in Aussicht stellen könnten, werden auf der einen Seite ebenso stürmisch gefordert wie auf der anderen Seite hartnäckig verweigert. Das Zentrum sucht bereits mit der Wiederaufnahme der Forderung, daß die Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten, mindestens aber auf Kinder (Antrag am Zehnhoff) ausgedehnt werden müsse, einen gefährlichen Zankapfel zwischen Konservative und Liberale zu werfen. Mit der Forderung der Einführung einer Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer stellen sich die Liberalen durchaus auf die Seite der Sozialdemokraten. Von denselben Parteien wird nach wie vor auf Abschaffung der sogenannten Liebesgabe der Branntweinbrenner gedrungen und, unter Zustimmung des Zentrums, die Idee eines Branntweinmonopols befürwortet, beides offenbar aussichtslose Versuche, denn die Regierung hat wiederholt erklären lassen, in eine allgemeine Reform der Branntweinbesteuerung erst nach Ablauf einiger Jahre eintreten zu wollen. Von der Gegenseite werden namentlich Bier und Tabak als geeignete Steuerobjekte bezeichnet. Wie man aus diesem Widerstreit der Meinungen einen Ausweg finden will, ist noch völlig ungewiß. Voraussichtlich wird die Regierung, um überhaupt etwas zu stande zu bringen, eine größere Zahl von Steuervorschlägen empfehlen. Sie kann dann gegen eine unangenehme oder aussichtslose Vorlage gegebenenfalls eine annehmbare in die Wagschale werfen. Vielleicht wird dann auch dem Projekt einer Wehrsteuer die verdiente Beachtung zu teil. Jedenfalls ist in dem bekannten Ausspruch eines Zentrumsorgans, die Finanzreformfrage sei der kritische Punkt für die Blockparteien, eine beherzigenswerte Mahnung enthalten, die Mahnung nämlich, daß, nachdem das Zentrum sich in der Erschließung neuer Steuerquellen leistungsfähig erwiesen hat, die neue Mehrheit gegenüber der Finanznot des Reiches nicht versagen darf. Sonst müßte sie der Vorwurf treffen, daß sie das Reich bei einer dringenden nationalen Forderung im Stiche gelassen hat, und das Zentrum könnte das Gegenteil für sich in Anspruch nehmen.

Pfunds sterilisierte (homogene) **Kindermilch** Trocken-Fütterung
Dresdner Molkerei **Gebr. Pfund,** Bautzner Str. 79/81

Neueste Drahtmeldungen vom 3. Juli.

Das deutsche Kaiserpaar in Fredensborg.

Fredensborg. Anläßlich der Ankunft des Deutschen Kaisers und der Kaiserin hat die Stadt reichen Flaggenschmuck in dänischen und deutschen Farben angelegt. Der Bahnsteig ist durch aufgestellte grüne Bäume schön geschmückt. Im Wartesaale selbst sind die Büsten des Kaisers und der Kaiserin aufgestellt. Vor dem Bahnhofsgebäude ist ein großer Baldachin in den deutschen und dänischen Farben errichtet. Zu beiden Seiten des Weges vom Bahnhofe zum Schlosse sind Masten in deutschen und dänischen Farben aufgestellt. Gegen 12 Uhr versammelten sich die Spitzen der Behörden; ferner hatte sich der deutsche Konsul in Helsingör, Oberst Lund, eingefunden. Nachdem das Kaiserpaar und die übrigen hohen Herrschaften den Zug verlassen hatten, stellte König Friedrich die Vertreter der Behörden dem Kaiserpaare vor. Der Kaiserin wurde ein großes Rosenbukett überreicht. Die Abfahrt nach dem Schlosse erfolgte in geschlossenen Wagen. Im ersten Wagen saßen der Kaiser, der König und Prinz Adalbert, im zweiten die Kaiserin, die Königin, der dänische Kronprinz und Prinz Hans. Um 1 Uhr nahm das Kaiserpaar das Frühstück im Chinesischen Saale ein, wo für 15 Personen gedeckt war.

Zum Peters-Prozeß.

Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Dr. Arendt gibt in der „Post" einen offenen Brief an den Abgeordneten Eugen Richter wieder, der im „Deutschen Wochenblatt" vom 8. Dezember 1896 erschienen ist und der die im letzten Petersprozeß dem Dr. Arendt gemachten Vorwürfe betrifft. Damals, bemerkt Dr. Arendt, stand ich unter dem frischen Eindrucke der Dinge, die ich jetzt selbstverständlich weniger scharf in der Erinnerung habe. In dem offenen Briefe heißt es u. a.: Ich habe lediglich im kolonialen Interesse auf Wunsch des Dr. Kayser eine schließlich erfolglose Vermittlung versucht, worauf Dr. Kayser mir Dank und Anerkennung in der weitestgehenden Weise ausgesprochen hat. Ich muß es demnach auf das entschiedenste zurückweisen, daß ich in „eigenmächtiger Weise die Interessen meiner Freunde wahrgenommen, oder durch Drohungen, die an Erpressung grenzen, die Ernennung des Dr. Peters durchzusetzen suchte". Schließlich bemerkt Dr. Arendt noch, diese Veröffentlichung aus dem Jahre 1896 genüge allein, die Anschuldigungen der Frau Dr. Kayser zu widerlegen, auch wenn diese nicht außerdem noch mit der Rede Kaysers im Kolonialrate im Oktober 1896 im vollsten Widerspruche ständen und ein solches Ereignis an sich unmöglich zehn Jahre lang hätte verborgen bleiben können. Ich werde übrigens unter allen Umständen eine gerichtliche Klarstellung der Angelegenheit herbeiführen und zwar zunächst durch Anrufung der Staatsanwaltschaft. Sollte wider Erwarten die Staatsanwaltschaft nicht einschreiten, so müßte ich Frau Dr. Kayser öffentlich des Meineids zeihen, um sie zur Klage gegen mich zu zwingen.

Vom Wetter.

Zürich. (Priv.-Tel.) Seit Sonntag ist in der Schweiz ein vollständiger Witterungswechsel eingetreten. Starke Regengüsse und Gewitter leiteten eine fast winterliche Kälte ein. In den Bergen bis zu 1000 Metern hinunter schneit es ständig. Auf der Scheidegg und in Wengern sind 15 Zentimeter Schnee gefallen, ebenso in Grindelwald. Auch vom Sentis und Rigi wird starker Schneefall ge-